

# Spielberger Nachrichten

Nummer 57, Mai 2022  
Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



Zugestellt durch post.at

## Alles wird teurer - Gegenmaßnahmen sind nötig!

Die Preise für Strom, Gas, Treibstoffe und Fernwärme explodieren. Auch die Mieten bleiben weiterhin ein Preistreiber. Währenddessen sinken Löhne, Gehälter und Pensionen weil die Anhebungen hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Viele merken es immer deutlicher am Konto: **Es geht sich nicht mehr aus!**

sparen. Das wissen auch die Konzerne und Spekulanten und treiben die Preise in die Höhe. Das erhöht den Reichtum einiger Weniger und treibt weltweit viele Millionen in Armut und Elend. Selbst eine sichere Arbeitsstelle ist kein Schutz vor Armut. Wer arm ist, ist öfter krank und hat eine kürzere Lebenserwartung.



### Wer profitiert vom hohen Gaspreis?

**Trotz** des Krieges liefert Russland weiterhin Gas durch die Ukraine nach Europa. Der Hauptanteil dieser Lieferungen wird über Verträge mit Fixpreisen abgewickelt. Die Hauptprofiteure der Erhöhungen sind also die Konzerne, die das Gas importieren.

### Für eine Preisregulierung und hohe Löhne!

**Die** arbeitenden Menschen dürfen nicht die Kosten von Krieg und Krise bezahlen! Die Regierung hat nun einige Teuerungshilfspakete geschnürt, aber das ist nur einen Tropfen auf den heißen Stein und macht die Menschen zu Bittstellern. Es geht auch um die Würde der Menschen und deshalb braucht es endlich gesetzliche Mindestlöhne und Pensionen, von denen Jeder gut leben kann. Und es braucht eine Regulierung der Preise für alle lebensnotwendigen Produkte.

### Für eine Besteuerung der Krisenprofiteure!

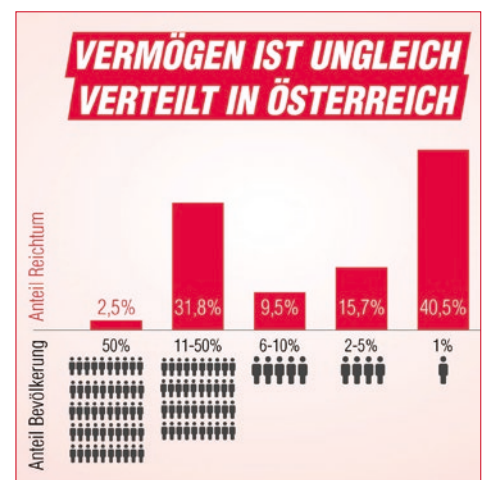
**Wer** an der Corona-Krise und am Krieg verdient hat soll dafür besteuert werden! Die Vermögen der Reichen und die Profite der großen Konzerne sind in der Corona-Krise deutlich gestiegen. Der Krieg in der Ukraine beschert den Rüstungs- und Energiekonzernen satte Gewinne.

**Darum** braucht es endlich eine Reichensteuer um die Kosten der Krise aufzufangen und mehr Gerechtigkeit zu schaffen.

**Schon** die Corona-Krise hat das Leben teurer gemacht. Bei den Energiepreisen war schon im Vorjahr ein deutlicher Anstieg zu spüren. Der schreckliche Krieg in der Ukraine setzt eine zusätzliche Teuerungswelle in Gang und öffnet auch den Spekulanten Tür und Tor.

**Lebensmittel**, Treibstoffe, Erdgas und vieles mehr: Die Preise steigen selbst dort, wo das Angebot (noch) nicht knapper geworden ist. Damit wird viel Geld verdient. Spekulanten machen Profit und die Menschen bezahlen dafür.

**Spekulation gefährdet ihre Gesundheit!**  
**Immer** mehr Menschen haben Schwierigkeiten sich das tägliche Leben leisten zu können. Bei Grundnahrungsmitteln, beim Wohnen, Heizen und beim Treibstoff hat man wenig Möglichkeit etwas einzu-



## Rechnungsabschluss 2021: Leichter Überschuss, geringe Lustbarkeitsabgabe

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Spielberg für das vergangene Jahr ist positiver ausgefallen als befürchtet. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Gemeindefinanzen waren nicht ganz so drastisch wie angenommen. Rund 120.000 Euro Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer und rund 148.000 Euro mehr bei den Ertragsanteilen (Anteil an den Steuereinnahmen des Bundes, der an die Gemeinden ausbezahlt wird) wirkten sich positiv auf das Ergebnis aus.

### Ergebnishaushalt, gerundet

Erträge:	13,11 Mio. Euro
Aufwendungen:	11,63 Mio. Euro
Entnahme	
Haushaltsrücklage:	0,36 Mio. Euro
Zuweisung	
Haushaltsrücklage:	1,61 Mio. Euro
Summe:	-1,25 Mio. Euro
<b>Nettoergebnis nach</b>	
<b>Haushaltsrücklagen:</b>	<b>0,23 Mio. Euro</b>

**Der** Bund hat nun endlich auf die Rückzahlung der Vorschüsse auf die Ertragsanteile verzichtet. Die hat der Bund als Corona-Hilfe gewährt. Sie sollten aber ursprünglich von den Gemeinden wieder zurückbezahlt werden. Diese Benachteiligung der Gemeinden gegenüber den ansonsten üppigen Wirtschaftsförderungen, vor allem an Großkonzerne, haben wir kritisiert. Nun wurde der politische Druck so groß, dass der Bund auf die Rückzahlung verzichtet hat.

### Automatische Preiserhöhung

**Die** Gemeindegebühren beinhalten eine jährliche automatische Preissteigerung nach dem Verbraucherpreisindex. Das beschert der Gemeinde automatische

Mehreinnahmen, unabhängig von den tatsächlichen Kosten. Damit sind wir nicht einverstanden. Auch die Arbeiterkammer sieht das kritisch. In einer Aussenung der AK ist zu lesen: „Mittelfristig ist, glaube ich, notwendig hinzuschauen, ob die Indexierung wirklich adäquat ist - wie beispielsweise bei den Gebühren“. Dem können wir nur beipflichten.

**Kreditzinsen - tickende Zeitbombe**  
**Derzeit** sind die Zinsen, die die Gemeinde für die laufenden Kredite bezahlt niedrig. Das kann sich allerdings schnell ändern - mit negativen Auswirkungen für das Gemeindebudget. Um Planungssicherheit zu haben wäre es daher wichtig, dass sich die Gemeinden sich günstig finanzieren können. Nicht nur über Banken, sondern über günstige Kredite, z.B. von der Nationalbank.

## Lustbarkeitsabgabe erscheint uns zu gering

**Die** Einnahmen der Gemeinde aus der Lustbarkeitsabgabe in der Höhe von rund 860.000 Euro erschienen uns als viel zu gering. Insbesondere wenn man bedenkt, dass im Vorjahr die Formel 1 und der Motor GP ja zweimal ausgetragen wurden. Deshalb haben wir an den Bürgermeister die Anfrage gestellt, ob es seitens des Projektes Spielberg Nachsichtsansuchen um eine Steuerreduzierung gegeben habe.

### Keine Antwort ist auch eine Antwort

**Der** Bürgermeister erklärte es gäbe von Steuerpflichtigen immer wieder Nachsichtsansuchen an die Gemeinde, die auch positiv entschieden werden. Im konkreten Fall könne er aus Datenschutzgründen keine Auskunft geben. Die Zahlen seien aus dem Rechnungsabschluss nachzulesen.

**Ob** ein Steuernachlass gewährt wurde ist unserer Meinung nach keine Privatsache. Hier geht es um Steuermittel, auf die ein Rechtsanspruch besteht. Bei einem Nachlass gehen der Gemeinde - und damit letztlich den SpielbergerInnen - Einnahmen verloren, mit denen Leistungen für die GemeindebürgerInnen finanziert werden könnten. Hier ist der Datenschutz vor allem ein Schutz im Interesse privater Steuervermeidung. Nicht zu vergessen, die Lustbarkeitsabgabe ist vom Gemeinderat ohnehin zu Beginn der Aktivitäten am Red Bull Ring von einem Steuersatz von 25 Prozent der Eintrittseinnahmen auf nur fünf Prozent gesenkt worden.

**Die KPÖ hat den Rechnungsabschluss 2021 abgelehnt. Er wurde von SPÖ, ÖVP und GR Manuel Lackner beschlossen.**

# MACH MIT!



**0% KÄUFLICH**

**100% SOZIAL**

**KPÖ**

KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld, Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240  
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at

## Aus dem Gemeinderat

### Ukraine-Hilfe

Der Gemeinderat hat beschlossen für Flüchtlinge aus der Ukraine eine Gemeindewohnung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurden im Stadtrat 3.000 Euro zur Unterstützung eines privaten Hilfsprojekts beschlossen. Natürlich ist es wichtig, dass geholfen wird. Es wäre schön gewesen, wenn allen Menschen die in den vergangenen Jahren vor den zahlreichen Kriegen geflüchtet sind eine ebenso große Welle der Hilfsbereitschaft entgegengebracht worden wäre.

### Verkehrsbündel Aichfeld

Der Gemeinderat hat beschlossen, dass sich Spielberg auch in den kommenden 10 Jahren an der Finanzierung des Aichfeldbusses beteiligt. Die Ausschreibung für die Fahrten hat die Postbus AG gewonnen. Der Kostenanteil Spielbergs wird heuer 33.500 Euro ausmachen, im nächsten Jahr werden es rund 50.000 Euro sein.

Der Verkehrsverbund ist wichtig. Es bräuchte zusätzliche Finanzmittel um günstigere Ticketpreise zu ermöglichen. Gerade jetzt wo die Spritpreise in ungeahnte Höhen steigen, kann durch gute und günstige Verbindungen der Umstieg vom Auto auf Öffis schmackhaft gemacht werden.

### Fortsetzung Sanierung Volksschule Maßweg

Die Umsetzung der Sanierung der Volksschule Maßweg wurde auf Grund der, auch coronabedingten, unsicheren Finanzlage der Gemeinde aufgeschoben. Nun wurde beschlossen das Projekt 2023 umzusetzen.

Gegenüber den ursprünglichen Plänen werden die Räume für die Ganztagesbetreuung nun vergrößert. Derzeit werden der Kindergarten, die Volksschule und die Neue Mittelschule mit Gas beheizt. Nun wurde beschlossen auch den Einbau eines alternativen Heizsystems zu prüfen.

Bereits bei der Planung haben wir angeregt auch die Heizung mit erneuerbaren Energieträgern durchzuführen. Das wurde damals aber aus Kostengründen abgelehnt.

*Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!*

## Friedens ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts!

**Die Veränderungen, die der Krieg in der Ukraine mit sich gebracht hat sind tiefgreifend und werden auch die nächste Jahre prägen.**

Die KPÖ verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine - und unsere Haltung ist glaubhaft. Glaubhaft deshalb, weil wir uns genauso gegen die zahlreichen illegalen Angriffskriege der NATO und einzelner EU-Staaten, z.B. gegen Jugoslawien, den Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen oder dem Jemen, gestellt haben. Ich war auf Demonstrationen gegen den Irak-Krieg genauso wie vor kurzem in Wien auf einer Demonstration gegen den Ukraine Krieg.

Ein Unrecht wiegt da andere nicht auf. Aber es stellt sich schon die Frage, warum wird der Angriff Russlands so scharf verurteilt, kommt es zu beispiellosen Wirtschaftssanktionen, überbieten sich Medien und PolitikerInnen in Kriegsrhetorik? Stimmen, die gegenüber den USA oder Saudi Arabien stumm geblieben sind.

Warum ist es ethisch in Ordnung Fracking-Gas aus den USA beziehen? Wo es doch Fakt ist, dass die USA die Welt seit Jahrzehnten mit illegalen Angriffskriegen überziehen. Fracking-Gas, das unter höchst umweltschädigenden Bedingungen produziert und mittels schwerölgetriebene Tanker über den Ozean verschifft wird. Werden die Menschenrechte in Katar, das gerade Krieg gegen den Jemen führt, mehr geachtet als in z.B. in Russland?

Plötzlich spielen auch Umwelt- und Klimaschutz keine Rolle mehr. Mehr Waffen, mehr Rüstung - diese Forderungen bedeutet einen gewaltigen Anstieg für den Energie- und Ressourcenverbrauch. Das wird den Klimawandel noch mehr befeuern. Wie können z.B. die Grünen dabei mitmachen?

Die Wirtschaftssanktionen werden massive Auswirkungen haben. Auch hier bei uns. Teuerung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, schlechtere Wirtschaftsaussichten - das Leben wird viel schwerer werden. Den Preis zahlen die arbeitenden Menschen. Jene, die diesen Sanktionen das Wort reden sind von den Folgen kaum betroffen. Mit gesicherten und hohem Einkommen lässt es sich leicht über Opfer reden, die angeblich gebracht werden müssen. Ein Wirtschaftskrieg gegen Russland nützt den USA und allen Staaten, die künftig billige Energie aus Russland beziehen werden. Den Krieg werden sie nicht beenden.

Was mich besonders erschreckt ist, dass es kaum Stimmen gibt die für Diplomatie und Verhandlungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Parteien eintreten. Warum kommen kaum FriedensaktivistInnen zu Wort. Warum sind nicht vor allem Konflikt- und FriedensforscherInnen die Berater der Regierenden? Krieg, Aufrüstung und Eskalationskurs ist niemals im Interesse der arbeitenden Menschen. „Die Waffen nieder“ - diese Forderung ist leider aktueller denn je meint Ihr...

**...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding  
E-Mail: [erich.wilding@hotmail.com](mailto:erich.wilding@hotmail.com)**



# Wie laut wird der Sommer?

Mit den ersten Sonnenstrahlen im Frühjahr erwacht die Natur - und der Lärm am Red Bull Ring. Die ersten nervaufreibenden Lärmtage haben wir bereits hinter uns. Mit Bangen stellen sich viele die Frage wie es wohl heuer mit der Lärmbelastung weitergehen wird.

**Immer** öfter versuchen uns PolitikerInnen darauf einzuschwören, dass wir bedingt durch die Teuerung und die Unwägbarkeiten des Ukraine Krieges nun den Gürtel enger schnallen müssen. Das scheint aber nur für einen Teil der Bevölkerung zu gelten. Eine kleine Elite kann es sich offensichtlich sehr wohl leisten am Ring mit ein paar Fahrzeugen das ganze Aichfeld mit Lärm zu terrorisieren.

**Viele** Menschen erklären immer wieder, dass sie mit Großveranstaltungen, wie der Formel 1 oder der Motor-GP, lärmässig leben könnten. Aber für die vielen kleinen Veranstaltungen - wo oft nur wenige Fahrzeuge die Lebensqualität zunichte machen - fehlt das Verständnis. Hier gibt es kaum wirtschaftlichen Nutzen für die Region aber dennoch Lärm für viele Stunden und Tage.

## Neue Trailstrecke in Schönberg

**Nun** wird an einer zusätzlichen Lärmquelle gebaut. In Schönberg, oberhalb der Kirche, wird eine Trailstrecke errichtet. Diese Strecke wurde bereits im Umweltverträglichkeitsverfahren bewilligt, wurde aber bisher nicht realisiert.



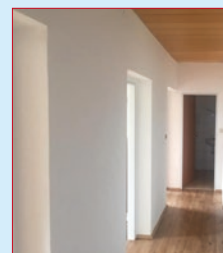
**Die** Verantwortlichen des Projektes Spielberg berufen sich immer darauf, dass sie alle gesetzlichen Auflagen einhalten. Das stimmt. Das Lärmkontingent, das den Ringbetreibern zugesprochen wurde, erstreckt sich auf das ganze Jahr. Die betriebsfreien Monate gleichen den Lärm während der Rennsaison wieder aus. Die Lärmbelastung ist oft unerträglich - aber rechnerisch ist alles in bester Ordnung.

**Nicht** umsonst führt das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz auch den Beinamen „Lex Spielberg“. Hier wurden Gesetze und Regelungen im Interesse der Ringbetreiber geschaffen. Der Schutz von Mensch und Natur spielt keine Rolle.



**Wenn** der Ringbetrieb den gesetzlichen Auflagen entspricht, aber dennoch die Lebensqualität stark beeinträchtigt, dann stimmen eben die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht. Das zu ändern wäre Aufgabe der Politik, die die Interessen der Menschen schützen sollte. Die Aufgabe kritischer BürgerInnen wäre es das von der Politik ständig und beharrlich einzufordern.

## Wohnung in Knittelfeld zu vermieten



**Hochhaus, Sandgasse 8**  
**Neue Küche,**  
**3 Zimmer, ca. 70 m<sup>2</sup> &**  
**Kellerabteil**  
**Kontakt:**  
**0676/7996811**

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus, Knittelfeld.



# Wasser- und Kanalgebühren: Automatische jährliche Preiserhöhung beschlossen

Der Gemeinderat hat eine neue Wasserabgabenordnung und eine neue Kanalabgabenordnung beschlossen. Teil der Verordnung ist auch eine jährliche automatische Preissteigerung der Gebühren nach dem Verbraucherpreisindex.



**Sozialleistungen** werden nicht automatisch jedes Jahr angehoben. Die Lohn und Pensionserhöhungen bleiben heuer deutlich hinter der Inflation zurück. Die Energiepreise

steigen haushoch, immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten ihre Kosten zu decken. Wir meinen Gebührenerhöhungen sollten im Gemeinderat diskutiert und die Gebühren nicht jedes Jahr automatisch erhöht werden. Deshalb haben wir gegen die neuen Verordnungen gestimmt.

**Auch** die ÖVP hat gegen die Verordnungen gestimmt und den Antrag eingebracht, die Erhöhungen für 2022 und 2023 auszusetzen. Das haben wir gerne unterstützt. In Graz, wo KPÖ die Bürgermeisterin stellt, ist das auch passiert: Dort wurde die Erhöhung der Gebühren und der Mieten in den Gemeindewohnungen ausgesetzt. Leider wurde der Antrag der ÖVP von SPÖ und GR Manuel Lackner abgelehnt, die auch die neuen Verordnungen beschlossen haben.

## Teuerung nur ein Klacks?

**In** der Diskussion um die automatischen jährlichen Preiserhöhungen und den Antrag der ÖVP meinte SPÖ-Fraktionsführer Wolfgang Moitzi die jährliche Teuerung würde monatlich nur einen geringen Betrag ausmachen und wären somit nur ein „Klacks“. Für sich betrachtet stimmt das vielleicht. Aber bei der derzeitigen Inflation und in Summe zu all den anderen Belastungen spürt man dann doch jeden Euro. Man muss schon sehr abgehoben sein um in der jetzigen Zeit eine Preiserhöhung nur als „Klacks“ abzutun.

## Straßenbauten

Die Straßenbauarbeiten für die Sanierung der Feuerbachgasse, der Schrebergartensiedlung und des Fasanweges wurden ausgeschrieben. Folgende Angebote sind eingelangt:

Porr Bau GesmbH	228.491,57 €
Hitthaller + Trixl Bau GesmbH	249.883,00 €
Bauunternehmung Granit GmbH	270.889,32 €
Kostmann GesmbH	292.719,03 €
Swietelsky	314.639,77 €
Leithäusl GmbH	315.451,63 €

Zwischen dem teuersten Anbot und dem Bestbieter liegt also ein Unterschied von rund 87.000 Euro oder rund 38 Prozent. Wie es zu solch gravierenden Unterschieden bei ein-und demselben Projekt kommen kann stimmt nachdenklich.

## Baustelle Weyern

Vor einigen Wochen hat uns ein Brief eines Spielberger Bürgers erreicht, der seinen Unmut über seiner Meinung nach stattgefundenen Fehlleistungen beim Straßenbau in Weyern erreicht. Der Brief mit Fotos erging auch an die Gemeinde.

**Wir** haben in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt. Der Bürgermeister erklärte, es hätte bei dieser Baustelle Probleme gegeben, die vor allem auf den frühen Wintereinbruch zurückzuführen seien. Es sei auch einmal zu Fehlbestellungen gekommen, aber im Großen und Ganzen könne man der Baufirma nichts vorwerfen. Als Lehre aus den Problemen werde man künftig nicht mehr so knapp zu Bausaisonschluss hin Projekte durchführen.

## SchülerInnen:

### Die VerliererInnen der Pandemie

Auch im dritten von der Pandemie geprägten Schuljahr erleben viele Chaos in den Schulen. Lockdowns, Fernunterricht, Ausfälle durch Quarantänen, Schul- und Klassenschließungen, Aufhebung der Anwesenheitspflicht führten zu unübersichtlichen Situationen.

**Eine** Mutter aus der Region hat eine Petition gestartet. Kinder haben keine Lobby, darum muss Druck von unten gemacht werden, damit die in der Pandemie entstanden Probleme nicht einfach übergangen werden. Wir rufen auf die Petition zu unterstützen.



## Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren  
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat  
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,  
ab 18.00 Uhr

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

## 8. März: Internationaler Frauentag

Die KPÖ hat den internationalen Frauentag mit einer Aktion am Knittelfelder Hauptplatz begangen. PassantInnen waren eingeladen an unserem Quiz zum Thema Gleichberechtigung teilzunehmen. Wie jedes Jahr wurden auch in Spielberg wieder rote Nelken verteilt.



**Die** richtigen Quiz-Antworten sorgten mehrmals für Überraschungen: Hätten Sie gewusst seit wann Frauen in der Schweiz auf allen Ebenen wählen dürfen? Erst seit dem Jahr 1990! Oder dass trotz 1990 eingeführter Väterkarenz, bis heute nur acht Prozent der Männer dieses Recht in Anspruch nehmen.

**Den** Frauentag gibt es seit über

100 Jahren. Vieles wurde bereits erreicht, um viele andere Dinge muss aber noch gerungen werden. Frauen machen ihren Job oft genug bis an den Rand der Erschöpfung oder sogar noch einen Schritt darüberhinaus – egal, ob in Vollzeit oder Teilzeit.

**Inwieweit** Frauen überhaupt erwerbstätig sein können, liegt an der Verteilung der unbezahlten Arbeit. Rund 75% aller Mütter sind teilzeitbeschäftigt - das ist kein individuelles Problem, sondern ein strukturelles, das verändert werden kann und muss!

**Niemand** hat die Frauen gefragt, ob sie „Heldinnen“ werden wollen und doch tragen überwiegend sie uns mit ihrer (schlecht) bezahlten und unbezahlten Arbeit durch die Krise und finanzieren zu einem guten Teil unseren Staatshaushalt.



**Wenn** Coronahilfsgelder ausbezahlt und Unternehmen aufgefangen werden, profitieren sie aber am wenigsten: Weltweit sind extrem Reiche die Krisengewinner! Die Vorstände der großen österreichischen börsenorientierten Unternehmen brauchen heuer im Durchschnitt fünf Tage (!), um das mittlere Jahreseinkommen eines Beschäftigten zu verdienen.

**Reiche** Menschen haben viel mehr Chancen und Möglichkeiten. Es ist Zeit, endlich Vermögende und SpitzenverdienerInnen höher zu besteuern. Das ist eine Frage der Demokratie und der Gerechtigkeit!

## Arbeitslosengeld: 55% vom letzten Einkommen sind zum Leben viel zu wenig! 2 - 9. Mai: Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf“ unterstützen!



Wer arbeitslos wird, verliert derzeit in Österreich schlagartig fast die Hälfte seines Einkommens. Jetzt kommt auch noch eine gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten dazu. Das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!“ fordert die rasche Anhebung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70% des Letztbezugs.

**Wer** arbeitslos ist wird schnell von Armut bedroht. Oft bleibt vom Arbeitslosengeld nach Abzug der Fix-

kosten nichts mehr übrig, Ersparnisse sind schnell aufgebraucht. Zum Vergleich: MinisterInnen haben nach ihrem Ausscheiden für sechs Monate Anspruch auf 75 % ihrer Bezüge. Das sind rund 13.400 Euro brutto, plus Anspruch auf anteilige Sonderzahlungen.

**Die KPÖ unterstützt das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf“. Unterschreiben auch Sie!** Die Eintragungswoche läuft vom 2. - 9. Mai.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

[www.steinbergerhof.at](http://www.steinbergerhof.at)

## Schnellstraße S36: Starke Lärmbelastung im Bereich Einhorn

Anfang Februar haben sich BürgerInnen an die Gemeinde und alle Gemeinderatsfraktionen gewandt um auf die unzumutbare Lärmbelastung durch die S36 im Bereich Einhorn aufmerksam zu machen:

„Leider muss ich mich wieder über die Lärmbelastung im Gebiet Einhorn, Rainweg, Sachendorf aufmerksam machen. Die Sanierung der Bodendecke an der S36 hat zwar eine geringfügige Verbesserung gebracht, doch hat dies nicht den nötigen Effekt gebracht.“

Bei tiefen Temperaturen, Tiefdruck bzw. entsprechender Windrichtung werden die Grenzwerte ( $L_{day}=60dB$ ;  $L_{night}=50dB$ ) regelmäßig überschritten. Heute am Fr. den 04.02.2022, wurden zB in Einhorn um ca. 5:00h ein Spitzenwert von 64dB (LKW Verkehr) gemessen, die zulässige Lärmüberschreitung beträgt hier unglaubliche 14dB!

Uns ist bewusst, dass ein Lärmschutz sehr viel Geld verschlingen würde. Ich bitte sie, als unsere gewählte Gemeindevertretung wenigstens für eine Temporeduzierung im Bereich Knittelfeld Ost bis Knittelfeld West einzutreten.

Eine Temporeduktion (Tempolimit PKW 100km/h (Ist 130 km/h), LKW 70km/h (Ist 90 km/h)) wurde bereits in mehreren Gemeinden Österreichs umgesetzt! Kostet dem Steuerzahler kein Geld, vielleicht eine Minute längere Fahrzeit für die Verkehrsteilnehmer, würde sich aber äußerst positiv auf die Lärmreduzierung, den CO<sub>2</sub> Ausstoß und somit der Lebensqualität der Spielberger Bürger auswirken.

Geschätzte politische Vertretung, wir bitten sie, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden (da es für uns als Privatpersonen ein Kampf gegen Windmühlen ist) damit nach einem jahrzehntelangen Leiden mit Lärm, eine weitere, kleine Verbesserung erreicht werden kann.“ Soweit das Schreiben.

Das Anliegen ist sehr berechtigt. In diesem Bereich gibt es keinerlei Lärmschutz. KPÖ-GR Erich Wilding hat in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt, ob es schon Lösungsvorschläge gibt. Der Bürgermeister erklärte, man habe das Schreiben an die zuständigen Stellen weitergeleitet und warte nun auf Reaktionen.

### Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Meszlenyi  
und DSA Karin Gruber

**Mittwoch, 1. Juni**

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

## S36/S37: Vollausbau = noch mehr Lärm und Verkehr



Seit vielen Jahren gibt es Diskussionen um den vierspurigen Vollausbau der S36 und S37 bis nach Kärnten. Gegen den Vollausbau hat sich vor Jahren eine sehr aktive Bürgerinitiative gebildet. Nun wurde das Projekt von Umweltministerin Leonore Gewessler überprüft und anschließend gestoppt. Eine gute Entscheidung für Natur und Lebensqualität.

**Vor** einigen Wochen haben Wirtschaftskammer und ÖVP gegen die Absage des Projekts mobil gemacht. Die Ministerin wurde gar als „Totengräberin der Region“ bezeichnet. Ebenso gut könnte man die Befürworter des Vollaubaues als Totengräber der Lebensqualität in unserer Region bezeichnen.

### Warnung vor Lärmhölle

**Vor** Jahren gab es eine von der Bürgerinitiative veranstaltete Diskussion mit dem bekannten Verkehrsexperten Hermann Knoflacher. Er forderte die Menschen dazu auf, sich mit Händen und Füßen gegen die Pläne für einen Vollausbau zu wehren. Denn dadurch werde eine attraktive neue Transitroute in Richtung Süden geschaffen. Das würde viel mehr Verkehr, Lärm und Schadstoffbelastung bedeuten. Nachdem einige Täler entlang der Strecke besonders eng sind, würde dort die Belastung besonders unerträglich werden. Außerdem meinte Knoflacher gäbe es zahllose Beispiele, dass der Ausbau von Verkehrswegen die Abwanderung von Menschen und Wirtschaftskraft begünstigt habe.

**Von** den vermehrten Belastungen durch einen Vollausbau wäre das ganze Murtal betroffen. Lärm (Eurofighter, Red Bull Ring, Autobahn...) ist in unserer Region ohnehin schon ein großes Problem. Noch mehr wäre eine Zumutung. Deshalb sollten sich unsere örtlichen PolitikerInnen und Gemeindevertreter hinter die Entscheidung der Umweltministerin stellen. **Statt den Ausbau von Straßen sollten wir den Ausbau des Bahnverkehrs vorantreiben.**

### Die nächste Gemeinderatssitzung:

**23. Juni, 29. September, 15. Dezember**

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von den BürgerInnen besucht werden.

# Krieg in der Ukraine - ein verhinderbarer Krieg

Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Er hat entsetzliches Leid über viele Menschen gebracht. Dieser Krieg ist nicht zu rechtfertigen. Aber dieser Krieg hat – wie jeder andere auch – eine Vorgeschichte. Diese muss diskutiert und beachtet werden, nicht um den Krieg zu relativieren, sondern um Vorschläge für Lösungen entwickeln zu können.

**Die NATO drängt an die russische Grenze**  
**Vergleicht** man die NATO-Länder auf einer Landkarte von 1990 mit jetzt wird schnell klar: Nicht Russland expandiert seit Jahren Richtung Westen, sondern die NATO bzw. die EU Richtung Osten bis an die russische Grenze. 1990 gab es 16 NATO-Staaten, heute sind es 30. 1999: Polen, Tschechien, Ungarn. 2004: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. 2009: Albanien und Kroatien. 2017: Montenegro. 2020: Nordmazedonien.



**Der Drang nach Osten**  
**Entgegen** den Zusagen bei den Gesprächen zur deutschen Wiedervereinigung, dass es keine Erweiterung der NATO in Richtung Osten geben werde, ist Russland nun eingekreist. Denn im Gegensatz zum „Warschauer Pakt“ - dem Militärbündnis der sozialistischen Länder, wurde die NATO nicht aufgelöst, sondern erweitert und weiter aufgerüstet. Die zahlreichen russischen Proteste gegen den Bruch der Zusagen und die Osterweiterung wurden von USA und EU achselzuckend übergangen.

**1991** änderten die NATO-Mitgliedsstaaten ihre Militärdoktrin vom Verteidigungsfall hin zum Angriffskrieg mit einem Mandat zum weltweiten Eingriff. Seitdem gab es zahlreiche NATO-Angriffs-

kriege und Militärinterventionen, teilweise auch mit EU-Unterstützung: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien...



**2001** wurde eines der wichtigsten Rüstungskontrollabkommen, der ABM-Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme, von den USA einseitig gekündigt. Seitdem sind zahlreiche neue Raketenabwehrsysteme der NATO in Osteuropa und auf Kriegsschiffen im Mittelmeer stationiert worden.

**In** Rumänien, Bulgarien und im Kosovo wurden US Militärbasen errichtet. In den anderen Ländern, z.B. Polen, eine stetig steigende Anzahl von NATO-Soldaten stationiert, immer zahlreicher wurden die NATO-Militärmanöver an der Grenze zu Russland.

**2019** kündigte die US-Regierung den INF-Vertrag, der die Stationierung von nuklearen Raketensystemen mit mittlerer und kürzerer Reichweite verbietet. 2021 erfolgte die Reaktivierung des (1993 geschlossenen) 56. Artilleriekommandos mit Sitz im deutschen Wiesbaden. Es dient der Koordinierung von Raketeneinsätzen der USA-Streitkräfte und ihrer NATO-Verbündeten. Ein bedrohliches Signal, dass die NATO die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Osteuropa plant.

**Spielberger NACHRICHTEN**

**Denn der Menschheit drohen Kriege...**

...gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht in dem Arm gefallenen wird. An diese Mahnung, die Heralt Brecht 1952 formuliert hat, wird man leider immer öfter erinnert wenn man die Entwicklungen der letzten Jahre, Monate und Wochen betrachtet.

**Die** Kriegsgefahr in Europa steigt. Es müsste einen Aufschrei dagegen geben. Es braucht eine neue starke Friedensbewegung. Die Menschen müssen aktiv werden. Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts.

**Vergleicht** man auf einer Landkarte von 1990 und einer Landkarte von 2015 die Staaten, die Mitglied der NATO sind, so wird auf einen Blick deutlich, dass die NATO bis an die russische Grenze herangerückt

punkten im Rumänien und Polen wird mit Hochdruck gearbeitet.

**Moderne USA-Kampfbomber in Europa**  
 Vor ein paar Wochen wurde in den Medien berichtet, dass die USA ihre modernsten Kampfbomber in Europa stationieren wollen. Wann und wohin die in Europa stationiert werden, sei noch geheim. Kampfflugzeuge geschickt werden. Aber laut Luftwaffen-Stabschef Mark Welsh sollen die Kampfflugzeuge in Stützpunkte geschickt werden.

**Bereits im November 2015 haben wir in unseren Spielberger Nachrichten voller Sorge über den Konflikt um die Ukraine und die drohende Kriegsgefahr berichtet:**

„**Die** Kriegsgefahr in Europa steigt. Es müsste einen Aufschrei dagegen geben. Deshalb widmen wir diesem Thema auch die Titelseite unserer Zeitung. Es braucht eine neue starke Friedensbewegung. Die Menschen müssen aktiv werden. Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts.

**Russland** wird eingekreist und reagierte mit neuer Aufrüstung und mit der Annektion der Krim. Der „Drang nach Osten“ hat uns in der Geschichte schon mehrmals Krieg und Leid gebracht. Nun entwickelt sich wieder eine brandgefährliche Situation.“

**So haben wir 2015 geschrieben. Seither wurde von Seiten der USA, und der EU nichts getan um den Konflikt zu entschärfen, ganz im Gegenteil.**

## Ukraine in der NATO- eine rote Linie

**Seit vielen Jahren hat Russland gegen das Vorrücken der NATO protestiert und klar gemacht, dass es sich in seinen Sicherheitsinteressen bedroht fühlt.**

Zahlreiche russische Politiker, aber auch westliche Diplomaten und Sicherheitsexperten haben darauf hingewiesen, dass mit einer NATO Mitgliedschaft der Ukraine für Russland eine rote Linie überschritten werde. Der nachvollziehbare Hintergrund: Russland hat eine rund 2.300 km lange Grenze zur Ukraine. Dort stationierte Atomwaffen könnten in wenigen Minuten Moskau und andere strategische Zentren in Russland erreichen – und zerstören.



# Ukraine: Spielball zwischen Ost und West

Die heutige Ukraine entstand 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion. Wie in vielen Nachfolgestaaten lebt auch hier eine starke russische Minderheit. Die Ukraine gehört zu den ärmsten Ländern Europas. In EU Dokumenten werden mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Korruption als wesentliche Probleme der Ukraine bezeichnet. Wie auch in Russland liegen Macht und Reichtum in den Händen weniger Oligarchen.

**Auf** Grund der sinkenden Lebenserwartung und der massiven Auswanderung ist die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren stark gesunken. Millionen junge UkrainerInnen haben das Land verlassen. Wie in vielen anderen osteuropäischen Ländern sichern ihre Auslandsüberweisungen vielen Menschen in der Ukraine das Überleben.

**Im** Jänner 1994 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und der USA das Abkommen über die Vernichtung der auf ukrainischem Staatsgebiet stationierten Atomwaffen. Dadurch wurde der atomwaffenfreie Status der Ukraine bestätigt - ein Schritt in eine friedlichere Welt. Dieser Weg wurde leider nicht fortgesetzt.



**Im** Zuge der NATO und EU-Osterweiterung wurde der Ukraine 2008 eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. 2013/2014 wurde ein EU-Assoziationsabkommen verhandelt. Russland hat dargelegt keine Einwände gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine zu haben, wichtig sei aber, dass die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland nicht gefährdet werden, eine NATO-Mitgliedschaft sei aber mit den russischen Sicherheitsinteressen nicht vereinbar.

## Kein selbständiger Handel mehr mit Russland

**Das** von der EU vorgelegte Assoziationsabkommen sah allerdings keine selbstständigen Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit Russland vor, bisher der wichtigste Wirtschaftspartner. Ukrainische Industrieprodukte sind aber auf dem EU-Markt nicht konkurrenzfähig und für die Agrarprodukte gab es von Brüssel nur geringe Importquoten.

**Da** das EU Abkommen massive wirtschaftliche Nachteile beinhaltete und damit die mühsame Balance zwischen Ost und West zerstört werden würde lehnte die damalige Regierung Janukowitsch das EU-Abkommen schließlich ab.

## Es ging um Wirtschaftsinteressen nicht um Demokratie

**Das** war der Startschuss und wahre Hintergrund für die massive Unterstützung der ukrainischen Opposition durch USA und EU. Milliardenbeträge und ausländische Berater ebneten den Weg zum gewaltsamen Putsch vom Februar 2014. Eine pro-westliche Regierung kam an die Macht. Eine wesentliche Rolle spielten dabei faschistische Kräfte, die in der heutigen Ukraine auch militärisch eine bedeutende Rolle spielen.

**Die** neue Regierung hat das EU-Assoziationsabkommen unterzeichnet und den Kurs Richtung NATO vorangetrieben. Die Rechte der Russischen Minderheit wurden beschnitten. Ergebnis des Staatsstrechs von 2014 war die Annexion der Krim durch Russland (wobei über 90 Prozent der dortigen Bevölkerung für den Anschluss an Russland gestimmt haben) und der Aufstand der Volksrepubliken

Donezk und Luhansk. Es folgte ein bis jetzt andauernder Bürgerkrieg, der bisher rund 14.000 Menschen das Leben gekostet hat.

## Minsker Abkommen – eine Chance für den Frieden

Nachdem die ukrainische Armee deutliche Niederlagen gegen die Volksrepubliken einstecken musste wurden in Minsk zwischen Deutschland, Frankreich, Russland, der Ukraine und den Volksrepubliken zwei Abkommen ausgehandelt, die die Basis für eine Lösung des Konflikts hätten sein können. Darin wurde ein Waffenstillstand vereinbart und dass sich alle ausländischen Militärs aus der Ukraine zurückziehen, sowie Wahlen, eine neue Verfassung und mehr Selbstverwaltung für die Volksrepubliken. Das Abkommen wurde nicht umgesetzt.

**Die** ukrainische Regierung setzte weiterhin auf NATO-Mitgliedschaft und hat dieses Ziel sogar in der Verfassung festgeschrieben. Die Ukraine wurde aufgerüstet, NATO Militärs ins Land gelassen, gemeinsame Militärmanöver auf ukrainischem Boden durchgeführt. Das verarmte Land gibt rund vier Prozent seines BIP für sein Militärbudget aus. Anfang 2021 hat Präsident Selensky den offiziellen Auftrag erteilt, Pläne für die Rückeroberung der Krim und der Volksrepubliken auszuarbeiten.

## Eine friedliche Lösung war nicht gewollt



Die Minsker Abkommen sind völkerrechtlich verbindliche

Dokumente und eine Basis für eine friedliche Lösung. Die Vertragspartner und auch die Garantemächte Frankreich, Deutschland und Russland, haben nichts getan um die Abkommen wirklich umzusetzen. **Eines ist klar: ohne die wohlwollende Zustimmung vor allem der USA aber auch der EU hätte die ukrainische Regierung niemals diesen Konfrontationskurs gestartet.**

**1 Was bedeutet der Überfall Russlands auf die Ukraine?**

Es ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Er fordert Menschenleben und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Mit jeder Minute, die dieser Krieg andauert, mit jedem getöteten und verwundeten Menschen, mit jedem Akt der Zerstörung, mit jedem Menschen, der zur Flucht gezwungen wird, verhärten sich die Fronten, steigen Verbitterung und Hass. Das Finden von Lösungen wird schwerer und die Gefahr einer noch größeren Eskalation steigt.

**2 Ukrainische Politiker fordern Waffenlieferungen. Ist das sinnvoll?**

Nein! Das würde nur weiteres Öl ins Feuer gießen. Es muss aber darum gehen, den Brand schnellstmöglich zu löschen. „Meine Agenda für das Treffen hat drei Punkte: Es sind Waffen, Waffen, Waffen“, fasste der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bei einem Besuch in Brüssel zusammen. Das nützt nur der Rüstungsindustrie, deren Aktienkurse gerade Höhenflüge erleben. Was es aber wirklich braucht, ist Frieden, Frieden, Frieden! Denn eine totale Konfrontation birgt auch die Gefahr eines Atomkriegs, was nicht nur für die Menschen in der Ukraine, sondern in ganz Europa fatal wäre.



**3 Was bringen Sanktionen?**

Die Milliarden-Vermögen von Oligarchen im Ausland einzufrieren übt Druck auf die herrschende Klasse Russlands aus. Die meisten Sanktionen treffen jedoch die einfachen Menschen – und das nicht nur in Russland, sondern auch bei uns. Deshalb sind Wirtschaftssanktionen abzulehnen. Es gibt, aller Propagan-



da zum Trotz, keine breite Kriegsbegeisterung unter den Russinnen und Russen. Die Menschen wollen Frieden. Und sie tragen diese Forderung auch auf die Straßen vieler russischer Städte. Sanktionen, die breite Teile der Bevölkerung treffen, könnten dazu führen, dass sie sich mit der russischen Regierung solidarisieren. Wirtschaftssanktionen haben noch nie zur einer Haltungsänderung einer Regierung geführt, aber millionenfaches Leid für die Zivilbevölkerung gebracht. So haben die US-Sanktion gegen den Irak rund 500.000 Kindern das Leben gekostet.

**4 Was kann Österreich zum Frieden beitragen?**

Österreich hat eine lange, auf seiner immerwährenden Neutralität fußende Tradition der vermittelnden Außenpolitik und durch sein Engagement für weltweite Abrüstung wesentliche Beiträge geleistet – etwa beim Verbot von Anti-Personen-Minen, Streubomben der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen. Wien ist ein Sitz der Vereinten Nationen und könnte zum Ort für Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine und für die Wiederherstellung einer Friedensordnung in Europa werden.

**5 Es wird behauptet, neutrale Staaten wären schutzlos. Ist das so?**

Im Gegenteil. Die aktive Neutralitätspolitik hat Österreich viel

Ansehen und Vertrauen in der Welt gebracht. Staaten, die keine Kriege führen, sind seltener Terror-Angriffsziele und werden international nicht als Bedrohung wahrgenommen. Seit dem EU-Beitritt wurde die Neutralität jedoch immer weiter ausgehöhlt. So beteiligt sich Österreich etwa an der sogenannten „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ oder den EU-Kampfgruppen.



In Zukunft will die EU sogar Drohnenkriege selber führen. Bis 2027 soll mit Milliardenaufwand eine eigene Euro-Drohne aus der Taufe gehoben werden. Die Finanzierung erfolgt unter anderem über einen eigenen EU-Rüstungstopf, in den auch Österreich einzahlt.

Manche gehen jetzt noch weiter: ÖVP-Vordenker Andreas Khol, manche Kreise der NEOS oder auch Kleine-Zeitung-Chefredakteur

Patterer kokettieren offen mit der Entsorgung der Neutralität und teilweise sogar mit einem NATO-Beitritt.

Die Bevölkerung sieht das ganz anders. Fast vier Fünftel wollen an der Neutralität festhalten. Darum sah sich Bundeskanzler Nehammer auch gezwungen, sie „außer Streit“ zu stellen. Doch seine Parteikollegin Verteidigungsministerin Tanner hingegen will sich an einer „EU-Eingreiftruppe“ beteiligen.

## 6 Die ÖVP will die Militärausgaben Österreichs drastisch anheben. Bringt das mehr Sicherheit?

Schon jetzt übersteigen die Militärausgaben der NATO die von Russland um ein Vielfaches. Die Militärausgaben der NATO betragen im Jahr 2021 1024 Milliarden Dollar, jene Russlands 60 Milliarden Dollar. Die gewaltigen Rüstungsausgaben haben die Welt aber nicht sicherer gemacht.



Nun will Ministerin Tanner das Regelmittel des Bundesheeres von 0,6 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anheben. Das sind dann sechs Milliarden(!) Euro oder rund 930 Euro pro erwachsenem Österreicher im Jahr. Keine Frage: das Bundesheer braucht finanzielle Mittel um wichtigen Aufgaben beim Katastrophenschutz oder der Cyber-Abwehr nachkommen zu können. Doch Aufrüstung, um international mitmischen zu können, ist fehl am Platz: **Gelder, die jetzt für Kriegsgerät ausgegeben werden, fehlen dringend für Bereiche wie Gesundheit, Pflege, Bildung oder Wohnen.**

Seit Wochen herrscht Krieg in der Ukraine. Wir sind traurig und entsetzt über diesen Krieg, aber auch über die Art der Entscheidungen und Reaktionen, die dem russischem Angriff folgten.

**Bisher** beispiellose Sanktionen wurden gegen Russland verhängt, obwohl Sanktionen noch nie etwas positives bewirkt haben. Den Preis dafür zahlen nicht die gut bezahlten PolitikerInnen, sondern die Menschen in Russland und bei uns mit einer Schädigung der Wirtschaft und einer Teuerung, die für viele katastrophale Folgen haben wird.

**Plötzlich** gibt es kein Halten mehr beim Ruf nach immer neuen Waffenlieferungen und Aufrüstung. Wo immer erklärt wurde es fehle das Geld, z.B. für Gesundheit, Pflege oder andere dringend notwendige Verbesserungen, werden nun ohne mit der Wimper zu zucken Milliardenbeträge für Rüstung freigegeben. Aufrüstung, die mit unseren Steuergeldern bezahlt wird - auf Kosten unserer Lebensqualität.

**Plötzlich** herrscht eine Kriegsrethorik und der Aufbau von Feindbildern, die wir schon als längst überwunden glaubten. Man hat den Eindruck, dass die herrschenden Eliten nicht an einer Deeskalation interessiert sind. Wo bleibt das Ringen nach Lösungen? Wo bleiben die Initiativen zur Beendigung des Kriegs, anstatt immer neues Öl ins Feuer zu gießen?

## Die Waffen nieder!

**Krieg** ist ein Verbrechen. Der Angriffskrieg Russlands genauso wie die zahlreich geführten Angriffskriege von USA und EU. Dabei geht und ging es nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um Wirtschafts- und Machtinteressen. Russland ist ein kapitalistisches Land, die Interessen seiner Eliten treffen auf die Interessen der Eliten von USA und EU. **Uns geht es aber um die Menschen. In der Ukraine, in Russland, bei uns und in der ganzen Welt. Sie sind die Verlierer dieser Konflikte.**



KPÖ-GR Renate Pacher, Jürgen Solic, GR Erich Wilding, GR Josef Meszlenyi und GR Rene Windegger bei einer Demonstration gegen den Ukraine-Krieg in Wien.

**Es** braucht eine breite Bewegung für eine rasche Beendigung des Krieges und eine neue Sicherheitsordnung, Völkerverständigung und Abrüstung. Das kann zu einer Überlebensfrage werden. Der derzeitige Kriegs- und Eskalationskurs ist eine Gefahr für die Existenz der Menschheit.

## 10 Regeln der Kriegspropaganda

**Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst!** Alle Seiten sind im Krieg daran interessiert auch die Schlacht um die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen. Deshalb ist es wichtig, die von der Friedensforschung formulierten 10 Regeln der Kriegspropaganda im Hinterkopf zu behalten:

1. Wir wollen keinen Krieg!
2. Der Gegner ist für den Krieg verantwortlich!
3. Die Führer des Gegners sind Monster!
4. Wir verteidigen ein edles Ziel und keine Interessen!
5. Der Feind begeht bewusst Verbrechen, wir nur unbeabsichtigt
6. Der Feind benutzt unerlaubte Waffen
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners erheblich
8. KünstlerInnen und Wissenschaft unterstützen uns
9. Unser Anliegen ist heilig
10. Wer unsere Propaganda anzweifelt, arbeitet für den Feind



# Für eine nachhaltige Alternative zur Airpower

Aufgrund des Krieges ist die Kritik an der Airpower gewachsen. Auch die SPÖ fordert die Verschiebung. In einigen Gemeinden, so auch in Knittelfeld, hat es Anträge dazu gegeben. Auch das zeigt, dass die Airpower keine harmlose Familienveranstaltung ist.

**Die** KPÖ ist der Ansicht, dass die Airpower weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart und schon gar nicht in der Zukunft für Massen- und Familienveranstaltungen geeignet ist. Kriegswaffen sind kein Kinderspielzeug! Wir haben deshalb folgenden Antrag gestellt:

## Der Antrag der KPÖ

Der Gemeinderat spricht sich für die Entwicklung eines Alternativkonzepts für eine mehrwöchige wiederkehrende Ersatzveranstaltung für die Airpower im Murtal aus. Diese Veranstaltung sollte sowohl das Umweltbewusstsein stärken, als auch wirtschaftliche und touristische Bedeutung haben. Grundlage für eine solche Alternativveranstaltung könnte das Konzept „Nie wieder Airpower“ der KPÖ sein.

## Begründung:

Die Kritik an der Airpower wurde in den letzten Jahren immer stärker. Neben der extremen Lärmbelastung für die Bevölkerung, der Kritik an der Präsentation von Waffen und der Ablehnung der Verwendung der großen Summen an Steuergeld für diese Veranstaltung, bekam auch der Umwelt- und Klimaschutzgedanke bei der Ablehnung immer mehr Gewicht.

Durch den tragischen Krieg in der Ukraine wurden nun viele Menschen dafür sensibilisiert, dass bei der Airpower eben auch jene Art von Waffen gezeigt wird, die wenige hundert Kilometer von uns entfernt so viel Leid und Zerstörung bringen.

## Viele Stimmen für Absage

Die Stimmen für eine Absage der Airpower mehren sich, BürgerInnen, politische Parteien und auch der Vorsitzende des Tourismusverbandes Michael Ranzmaier-Hausleitner sprechen sich gegen die Airpower 2022 aus. Die Bedenken

gegen diese Veranstaltung bestätigen, dass es sich dabei eben nicht um eine „harmlose Familienveranstaltung“ handelt.

Obwohl für Ende März angekündigt, gibt es bei Redaktionsschluss unserer Zeitung noch immer keine Entscheidung ob die Airpower heuer stattfindet. Offensichtlich wollen die Verantwortlichen an der Veranstaltung festhalten. Möglicherweise auch auf Druck von Red Bull. Nicht umsonst hat der steirische Rechnungshof kritisiert, dass bei der Airpower vor allem Red Bull werbemäßig profitiert.

## Eine Verschiebung ist zu wenig

Eine Absage der Airpower ist das Gebot der Stunde. Eine Verschiebung ändert nichts am Grundcharakter dieser Veranstaltung. Auch bei einer Airpower 2023 würden todbringende Waffen präsentiert und durch den Eventcharakter der Airpower und die technische Faszination verharmlost. Deshalb ist es notwendig ein Konzept für eine Alternativveranstaltung zu entwickeln.

## Petition „Nie wieder Airpower“: Jetzt unterschreiben!

**Wir fordern nicht nur die Absage der Airpower 2022, sondern ein Ende dieser Art von Veranstaltungen. Wir treten ein für eine sinnvolle und nachhaltige Alternative, die einen Beitrag leistet, das Bewusstsein für den Klimawandel, neben Krieg die zweite große Bedrohung für die Menschheit, zu steigern.**

**Wir haben dafür eine Online-Petition gestartet und laden Sie ein, diese mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.** Sie können die Petition über folgenden QR-Code erreichen und finden sie außerdem auf unserer Facebookseite: KPÖ Murtal. Sehr gerne schicken wir



## Antrag abgelehnt

Wir hätten uns erwartet, dass auf Grund des Kriegs in der Ukraine und der wachsenden Umweltproblematik nun endlich die Bereitschaft besteht über ein Ende der Airpower nachzudenken. Um die wirtschaftliche Wertschöpfung zu erhalten, wäre es auch hoch an der Zeit über sinnvolle Alternativveranstaltungen nachzudenken. Nichts davon ist geschehen.

Unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und GR Manuel Lackner abgelehnt. Damit wird eine Chance vertan. Wie die SPÖ nur eine Verschiebung der Airpower zu fordern ist in Wahrheit inkonsequent und eine Augenauswischerei.

Ihnen auch Unterschriftenlisten zu, denn die Petition kann auch auf Papier unterschrieben werden.

**Information und Kontakt: KPÖ-Knittelfeld. Tel.: 03512/82240**

